

Neue Form von Protesten im Gespräch

## Ruf nach Baumhäusern gegen den Surfpark

17. Oktober 2022 um 05:15 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Wird es solche Bilder demnächst auch vom Elfrather See geben? Das Foto von RP-Fotografin Jana Bauch entstand 2018 im Hambacher Forst und zeigt zwei Baumhäuser von Umweltaktivisten, die mit den Bauwerken gegen die Abaggerung des Forstes zugunsten des Braunkohleabbaus protestierten. Foto: Jana Bauch

**Krefeld. Vorbilder sind die Proteste zum Erhalt des Hambacher Forstes und von Lützerath: Der erste Umweltpolitiker hat nun im Kampf gegen den Surfpark auch zum Bau von Baumhäusern zum Schutz der Bäume am Elfrather See aufgerufen.**

---

Von Jens Voss

---

Der Kempener Grünen-Politiker Thomas Engstfeld hat dazu aufgerufen, mit dem Bau von Baumhäusern gegen die Fällung von Bäumen zum Bau des Surfparks am Elfrather See zu protestieren. „Es ist ein Skandal, der in Krefeld passiert. Es wird Zeit für die ersten aktivistischen Baumhäuser. Dieser Surfpark darf niemals gebaut werden“, schrieb er in einem Post unter unseren Bericht über die falsche Angabe in einem Gutachten, wie viele Bäume für das Projekt gefällt werden müssten. Fridays for Future Krefeld (FFF) verbreitet den Post auf seiner Facebook-Seite, Engstfeld selbst schreibt auf seiner Facebook-Seite: „So nämlich #surfpark#krefeld#verhindern“. Parallel dazu gibt es zwischen Verwaltung und Politik in Krefeld eine Debatte darüber, ob die Pläne für den Surfparkbau erneut offengelegt werden müssen.

Thomas Engstfeld gehört in Kempen der Grünen-Ratsfraktion als Sachkundiger Bürger an. FFF betont, dass Baumfällungen erst anstehen, „wenn es einen Satzungsbeschluss gab. Der ist frühestens im März 2023.“ Mit dem Satzungsbeschluss ist die Erlaubnis zum Baustart verbunden.

## Wie die Gutachtenpanne zustandekam



So soll der Surfpark am Elfrather See einmal aussehen. → Grafik: Elakari Foto: Stadt Krefeld/Global Shots

Die Panne in einem Gutachten mit der falschen Zahl der zu fällenden Bäume ist nach Angaben der Stadt durch einen Übertragungsfehler zustande gekommen. Im Februar 2020 habe die Stadt vor Ort Vermessungsarbeiten für den Baumbestand vorgenommen. Diese Daten seien jedoch vom Planungsbüro nicht vollständig in die Pläne übertragen worden. Im Planungsgebiet für den Surfpark befinden sich demnach 684 Bäume, die aufgrund ihres Stammumfangs unter die Baumschutzsatzung fallen. Gut die Hälfte müsse für das Vorhaben gefällt werden. Für diese 351 Bäume sollen Ersatzpflanzungen am Elfrather See vorgenommen werden. Die Pflanzung bezieht sich auf heimische Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 14 bis 16 beziehungsweise 20 bis 25 Zentimeter. Sie werden zu einem großen Teil auf dem Gelände des Surfparks sowie möglichst angrenzend gepflanzt.

Engstfelds Forderung ist eine Einzelstimme, aber sie zeigt, dass das Baum-Thema Mobilisierungspotenzial birgt. Hintergrund: Wie berichtet, hatte die Stadt in einem Gutachten über die Baumfällungen für den Bau des Surfparks eine falsche Zahl angegeben: Demnach müssen 99 Bäume mehr gefällt werden. Ursache soll laut Stadt ein Übertragungsfehler der Gutachter sein; sie hätten nicht alle Zahlen übernommen, die die Stadt genannt habe. Damit müssen nun im Planungsgebiet für den Surfpark 351 von 684 Bäumen fallen.

## LESEN SIE AUCH

---

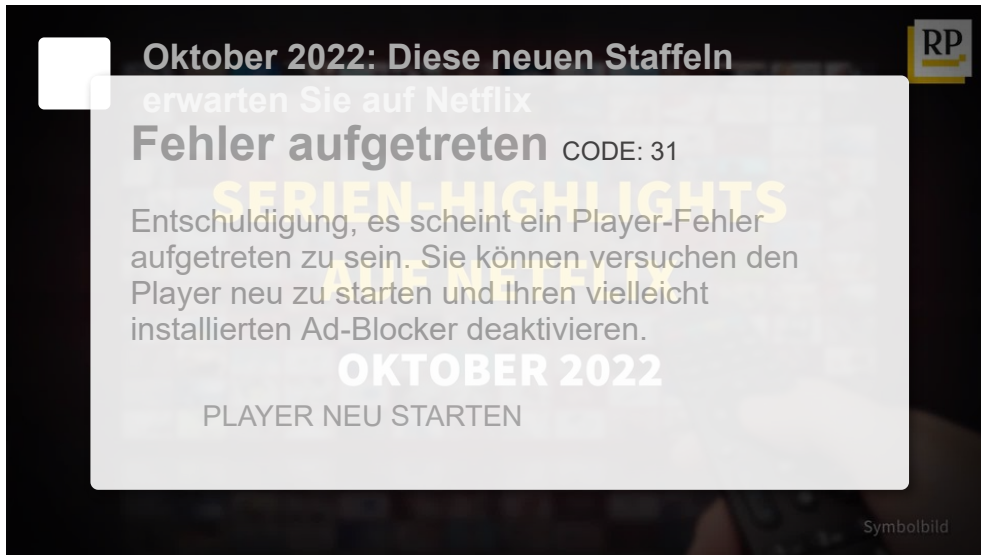


### Kommentar zum Surfpark Mein Freund, der Baum

---

Aufgefallen war der Fehler, weil die Umweltverbände Nabu und BUND eine eigene Zählung im Gelände vorgenommen hat und Unstimmigkeiten anprangerten (wir berichteten). Die Stadt hatte daraufhin reagiert, das Zahlenwerk überprüft und nachgebessert. Zugleich hatte sich Stadtdirektor Markus Schön für den Hinweis bedankt und betont, dass mehr Bäume nachgepflanzt werden sollen, als gefällt werden. FFF-Sprecherin Björna Althoff, zugleich parteiloses Ratsmitglied, hat die Fähigkeit der Stadt dazu umgehend bezweifelt und geltend gemacht, dass die Stadt bei geplanten Baumpflanzungen bereits mit 3000 Bäumen im Rückstand sei.

Althoff hat auch eine zweite Debatte angestoßen, die an Fahrt gewinnt: Sie hatte in einer Erklärung zu der Gutachterpanne gefordert, dass nun eine erneute Offenlage des Bebauungsplans nötig werde. Dieser Prozess würde die endgültige Entscheidung über den Surfpark weiter verzögern.



Schützenhilfe bekam Althoff nun von der FDP-Fraktion im Rat. Die Liberalen sprechen sich „aus Gründen der politischen Hygiene“ und aus Rechtsgründen für eine erneute Offenlage des Bebauungsplanes für den Surfpark aus. „99 weitere Bäume, die gefällt werden müssen, um das Projekt zu realisieren, sind kein Pappentier“, erklärt dazu der FDP-Fraktionschef Joachim Heitmann, „die Argumentation, dass sowieso mehr Bäume nachgepflanzt, als gefällt werden sollen, überzeugt uns nicht. Logischerweise müssen mehr Bäume nachgepflanzt werden, wenn mehr Bäume gefällt werden müssen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Anmerkung dazu: Die FDP gibt damit die Position der Stadt nur ungenau wieder: Die Stadt hatte ausdrücklich erklärt, dass nicht nur gefällt Bäume ersetzt, sondern tatsächlich mehr gepflanzt als gefällt werden sollen. Zitat aus der Presseerklärung der Stadt: „Darüber hinaus sollen zusätzliche Neupflanzungen festgesetzt werden, so dass am Ende mehr Bäume vor Ort in die Erde gesetzt werden, als durch das Bauvorhaben wegfallen.“ Ungeachtet dessen spricht die FDP von einem gravierenden „Vertrauens- und Imageverlust in die Seriosität des Vorhabens. Deshalb fordert die FDP, „allein aus Gründen politischer Hygiene“ eine neue Offenlage.

Auch rechtlich hält die FDP diese Offenlage für geboten. Mit der Fällung von zusätzlich fast 100 Bäumen habe sich die Sachlage erheblich geändert. „Es handelt sich nicht um eine Neubewertung bereits vorhandener Sachinformationen, sondern um eine neue Sachlage von Bedeutung. In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts befürwortet deshalb die FDP-Stadtratsfraktion eine erneute Auslegung.“

Die Stadt hingegen lehnt eine erneute Offenlage ab, wie sie auf Anfrage erläutert. „Eine erneute Offenlage ist nicht erforderlich. Die Klimawirkungsprüfung ist seit 1. April 2022 laut Ratsbeschluss bei klimarelevanten Projekten durchzuführen. Dieses Verfahren wird nun auch auf die bereits seit 2020 laufende Planung zum Surfpark angewendet.“ Die Klimawirkungsprüfung werde anhand einer Checkliste ausgeführt. Sie diene dazu aufzuzeigen, wie sich das Projekt auf die angestrebte Klimaneutralität Krefelds im Jahr 2035 auswirken werde. „Das Ergebnis ist, wie alle anderen Stellungnahmen und Gutachten, Gegenstand der politischen Beratung und Abwägung im Rahmen des angestrebten Satzungsbeschlusses.“